

Millionenpolster sorgt für Wirbel

Von Jörg Spreemann

Die Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern hat stattliche Summen auf die hohe Kante gelegt. Können die Betriebe auf sinkende Beiträge hoffen?

NEUBRANDENBURG. „Die ziehen den Handwerkern doch das Geld nur so aus der Tasche“, kritisiert Kai Boeddinghaus die Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern. Der Chef des Bundesverbandes für freie Kammern zieht unermüdlich gegen die Zwangsmitgliedschaft in den Landesvertretungen zu Felde. Dabei nimmt er auch die Guthaben der Kammern ins Visier. Bei der Handwerkskammer Ostmecklenburg/Vorpommern mit Sitz in Rostock und Neubrandenburg sind nach seiner Ansicht die Schätze zu groß, die auf Konten gebunkert wurden.

Boeddinghaus stößt sich an der Höhe der Rücklagen der Kammer. Insbesondere die 3,5 Millionen Euro, die für kurzfristig anstehende Ausgaben als Reserve auf den Konten schlummern, hält er für überflüssig. „Das ist Geld, das in der Praxis so gut wie nie gebraucht wird“, findet er. Zumal es auch noch einen weiteren „Notgroschen“ in Höhe von 3,2 Millionen Euro gebe – zum Ausgleich für längerfristige finanzielle Turbulenzen.

„Das überschüssige Geld muss an die Betriebe zurück fließen“, fordert er. Denkbar sei ein Beitragsrabatt für kommende Jahre oder eine Ausschüttung. „Die Beiträge der Handwerkskammer Ostmecklenburg-Vorpommern sind extrem hoch“, stellt er fest. Sein Verband der Kammerkritiker hat in einem Vergleich festgestellt, dass Handwerksbetriebe etwa

drei bis viel Mal so hohe Beiträge zahlen müssen wie Unternehmen, die Mitglied der Industrie- und Handelskammer sein müssen. Knapp fünf Millionen Euro haben die rund 12 500 Handwerker im vergangenen Jahr gezahlt.

Wofür und wie die Rücklagen der Kammer verwendet werden, entscheidet heute die Vollversammlung der Landesvertretung – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. „Unsere Rücklagen sind rechtlich zulässig“, sagt Hauptgeschäftsführerin Claudia Alder und beruft sich dabei auch auf das Wirtschaftsministerium in Schwerin als Aufsichtsbehörde. Das Geld sei gemäß Beschlüssen in Vollversammlungen für Investitionen vorgesehen, betont sie.

Das Wirtschaftsministerium tritt auf die Euphorie-Bremse. Die Höhe der Rücklagen könne als

„noch angemessen“ bezeichnet werden, erklärt ein Sprecher. Auffällig sei jedoch, dass im Vergleich zu anderen Kammern im Land das Verhältnis der Rücklagen zum Gesamthaushalt „erhöht“ sei. Darüber werde mit der Kammerspitze intensiv gesprochen. Ein Teil des Geldes sei für Bauvorhaben an Bildungsstätten und deren Ausstattung vorgesehen. „Wird die Investitionsrücklage wie vorgesehen eingesetzt, bestehen keine rechtlichen Bedenken“, so der Sprecher.

Zugleich verweist das Ministerium darauf, dass die Industrie- und Handelskammern im Land bis 2018 Teile ihrer Rücklagen auflösen. Ein vergleichbares Vorgehen sei auch im Bereich des Handwerks wünschenswert.

Kontakt zum Autor

j.spreemann@nordkurier.de